

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

7.10.1927 (No. 233)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, präventiver Klageerhebung, und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Weisheitsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

„Das Martyrium der Untersuchungshaft“

Unter dieser Überschrift und mit dem Untertitel:

„Rechtlose Menschen“

„Das Ergebnis einer von uns vorgenommenen Erhebung über die heutige Untersuchungshaft“

bringt das „Berliner Tageblatt“ im ersten Beiblatt seiner Nummer 470 vom 5. Oktober 1927 in großer Aufmachung einen Artikel, in dessen Mittelpunkt ein angeblicher Erlaß des „badischen Ministeriums der Justiz und des Kultus vom 28. November 1924“ steht, der der Redaktion „durch Zufall in die Hände kam“. Dieser Erlaß soll nach der Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ folgenden Wortlaut haben:

„Ministerium der Justiz und des Kultus.
N. N. i 7/24. Karlsruhe, den 28. November 1924.
Rundschreiben.

An die Direktion der Amtsgefängnisse, der Landesstrafanstalten und der Untersuchungsgefängnisse betrifft:

Maßnahmen in bezug auf politische Gefangene.

Durch die für die erste Hälfte des Monats November erhaltenen Berichte wurde erkannt, daß die von diesseitiger Stelle gegebenen Weisungen nicht überall so durchgeführt wurden, wie es beabsichtigt war.

Die verschiedenen Direktionen werden nochmals ermahnt, politische Gefangene von jedem gemeinsamen Arbeitsdienst fernzuhalten, um so jede etwaige Verstärkung zu verhindern, besonders bei Untersuchungsgefängnissen. Es sind an hiesiger Stelle bekannt geworden, so aus Mannheim, Karlsruhe und Freiburg, daß kommunistische Untersuchungsgefängnisse, die an ein und derselben Handlung beteiligt waren, in einer Gemeinschaftshaft untergebracht waren, ebenso zu äußeren Arbeitsrichtungen verwendet wurden, wodurch verschiedene Fluchtfälle zu verzeichnen waren.

Das Ministerium sieht sich hierdurch veranlaßt, auch durch Rücksprache mit dem Ministerium des Innern, daß in bezug auf die kommunistischen Untersuchungsgefängnisse, ebenso auch Strafgefängnisse, die schärfsten zulässigen Hausstrafen Anwendung zu finden haben, denn nur dadurch kann auf Außenstehende eine moralische Wirkung erzielt werden, was durch die in letzter Zeit gefällten Urteile durch unsere Mitbestimmten einwandfrei festgestellt worden ist.

Die Direktionen werden um Empfangsbekundigungen ersucht.

J. A.: gez. Klumb.“

„Das spricht für sich genug“ — so fährt das „Berliner Tageblatt“ bei der Besprechung dieses Erlasses fort. Offenbar hat aber der angebliche Erlaß für das „Berliner Tageblatt“ doch nicht „genug gesprochen“, sonst hätte es schon an seiner Form und seinem Inhalt erkennen müssen, daß es sich vom ersten bis zum letzten Wort um eine ganz plumpe Fälschung handelt. Ebensovienig wie es am 28. November 1924, dem Datum des angeblichen Erlasses, ein „badisches Ministerium der Justiz und des Kultus“ gab, ebensovienig wie es in Baden „Direktionen der Amtsgefängnisse und Untersuchungsgefängnisse“ gab oder gibt, ebensovienig ist jemals aus einem badischen Ministerium ein so törichter Erlaß hinausgegangen.

Das Reich und die Auslandsanleihen

Der am heutigen Freitag stattfindenden Beratung des Reichskabinetts, die durch die gestrige Chefbesprechung vorbereitet worden ist, und an der auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilnimmt, wird größte Bedeutung beigemessen. Es geht dabei um die Richtlinien, nach denen die Beratungskommission für Auslandsanleihen ihre Beschlüsse fassen soll, und um die Zusammenfassung der Beratungskommission. Wie es in der „Vollz.“ heißt, besteht hierüber innerhalb des Reichskabinetts eine einheitliche Auffassung. — Der sozialdemokratische Pressebeirat weiß Mitteilung über die Vorschläge Dr. Schachts zu machen. Danach soll für die Bewilligung einer Anleihe die Einstimmigkeit der Beratungskommission erforderlich sein, während bisher Stimmenmehrheit genügte. Ferner soll die Beratungskommission durch eine Beratungskommission ergänzt werden, die das Reichskabinetts sein soll.

Der russische Botschafterposten in Paris. Aus Paris wird gemeldet, die Übergabe einer französischen Note an Moskau sei unmittelbar bevor, die den offiziellen Antrag auf Abberufung und Entsendung Malowitsch enthält.

Wirtschaftliche Umschau

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Beamtensolden wird seit einiger Zeit die Frage erörtert, ob eine Teuerungswelle zu erwarten sei, bzw. ob bereits eine solche eingestiegen hat. Die Frage der Preisbildung und der Lebenshaltungskosten hat recht viele Seiten. Tatsache ist, daß die geringen Steigerungen des Großhandelsindex in der letzten Zeit die Behauptungen nicht rechtfertigen, daß eine Teuerungswelle schon eingeleitet habe. Die Veränderungen sind in der Hauptsache auf saisonmäßige Schwankungen zurückzuführen. Was Lebensmittel anlangt, stehen Preissteigerungen für Vieh, Butter, Eier, Preisabschlüsse für Roggen und Kartoffeln gegenüber. Die Preissteigerungen für Textilien sind die Folge der Steigerung der Baumwollpreise auf dem Weltmarkt. Der Lebenshaltungsindex ist sogar gegenüber den Sommermonaten gesunken und hat somit die Bewegung der Großhandelspreise nicht mitgemacht, die in ihrem Durchschnitt zuletzt etwas angezogen haben. Freilich zeigen sich, nicht zuletzt infolge allzuvielen Redens über Teuerung, da und dort Anfänge zu Preisberaufschungen, die vielleicht auf die noch aus der Inflationszeit stammende Tendenz zurückzuführen sind, eine solche Entwicklung gleich vorwegzunehmen, die aber vorerst meist den Luxuskonsum betreffen. Wie jedoch solche Tendenzen sich gegenseitig antreiben, zeigt ein Bericht der „Südd. Volkzeitung“ aus dem Allgäu, in dem es heißt, daß die Milchlieferer trotz aller Regierungsversicherungen eine Erhöhung der Preise für verschiedene Bedarfsartikel als Folge der Beamtensoldenerhöhungen befürchten. Der Produzent von Milch und Milchprodukten (der zweifellos in schwieriger Lage ist) strebe höhere Milchpreise an und werde sie, wenn die von ihm zu kaufenden Bedarfsartikel steigen, damit begründen. Der Gang der Preisbildung sei der, daß der Hersteller teils feiner, teils plumper den Preis zu erfassen versuche, den der Händler äußerstenfalls noch anwenden könne, und dieser erfordere die Belastungsmöglichkeit des Marktes. Kein gutes Beispiel gibt den Privaten eine Stadt wie Karlsruhe mit der erneut geplanten Erhöhung der Straßenbahnkarfare, die mit der Erhöhung der Gehälter des Personals begründet wird.

Dieser Lage hat eine in Karlsruhe abgehaltene Tagung der Einzelhandelsverbände von Süddeutschland es in Abrede gestellt, daß Industrie und Handel bereits daran seien, angesichts der Neuregelung der Beamtensolden die Preise für bestimmte Waren zu erhöhen. Vom Einzelhandel, der eine Stärkung der Kaufkraft des Publikums begrüße, hänge die Preisbildung nur in ganz geringem Maße ab, und der Einzelhandel habe das größte Interesse an einer möglichst gleichbleibenden und reibungslosen Gestaltung des Wirtschaftslebens. Man erklärt also, daß keinerlei Absicht vorliege, die kommende Gehaltserhöhung zu Preissteigerungen zum Anlaß zu nehmen. Freilich ist für das Problem „Gehaltssteigerungen und Preise“ damit noch gar nichts gewonnen. Es handelt sich darum, ob durch die Gehaltserhöhungen eine zusätzliche Kaufkraft breiter Schichten ohne Mehrleistung der deutschen Volkswirtschaft geschaffen wird, die eine preistreibende Wirkung haben müßte. Dies wäre der Fall, wenn sich eine allgemeine Lohn- und Gehaltsbewegung in größerem Umfang an die Aufbesserung für die Beamten anschließen und sich ohne Rücksicht auf die Lage unserer Volkswirtschaft durchsetzen würde. In großem Umfang sind allerdings Lohnsteigerungen bereits der Beforderungserhöhung der Beamten vorausgegangen. Diese wird in ihrem Ausmaß im Publikum übrigens vielfach überschätzt. Die bereits gezahlten Vorschüsse betragen für die Unterbeamten durchschnittlich 25 RM. für die mittleren Beamten durchschnittlich 50 RM. im Monat. Die Beförderungsreform läßt sich vorerst aus dem Reich gemachten Überschüssen an Steuern decken, die freilich auch die Länder und Gemeinden zur Durchführung der Gehaltserhöhungen in Anspruch nehmen müssen. Diese Lasten werden somit bereits jetzt getragen und sollen auch künftig ohne Mehrbelastungen der deutschen Produktion aufgebracht werden, wobei der Reichsfinanzminister eine weitere günstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft voraussetzt.

Eine erhebliche Gefahr für die Haltung des Preisniveaus der deutschen Produktion stellen die nicht abbrechenden Bemühungen der Schwerindustrie auf Erhöhung der Kohlenpreise dar. Aufs neue hat der Reichswirtschaftsminister diesen Wünschen gegenüber sich ablehnend

verhalten. Man erklärt, daß die Selbstkosten den Ruhrzwecken, welche den Erlös aus den Nebenprodukten der Kokereien nicht in Rechnung stellen, keine solche Erhöhung erfahren haben, daß eine Preissteigerung daraus abzuleiten sei. In der Braunkohlenproduktion ist zur Zeit eine Lohnbewegung im Gange, deren Auswirkungen die Selbstkostenberechnung beeinflussen können.

*

Die Reichsbank hat den Diskont um ein ganzes Prozent, auf 7 Prozent erhöhen müssen, nachdem der Zahlungsmittelumsatz (einschließlich Rentenscheinen) auf 6,15 Milliarden gestiegen und die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 48 Prozent gesunken war. Die Diskonterhöhung ist eine Folge des anhaltenden Konjunkturaufstiegs der Wirtschaft, die immer mehr Kapital auf dem knappen Markt beanspruchte. Der zunehmende bargeldlose Kreditverkehr konnte die starke Beanspruchung von Bargeld schließlich auch nicht hindern, denn die zunächst auf Bankkonten eingeräumten Kredite mußten sich allmählich in Bargeldkredite und Bargeldzahlungen, wie Löhne, umwandeln. Der Primat der Währung verlangte eine Besserung der Deckung des umlaufenden Noten, denn die Deckung unterschritt schließlich 50 Prozent. Die Diskonterhöhung ist eine notwendige Maßnahme gegen eine drohende Kreditinflation geworden. Sie verteuert zweifellos die Unkosten der Wirtschaft, aber die Reichsbank kann als Währungsinstanz das nicht verhindern, sie muß im Interesse unserer Währung durch Erhöhung des Zinsfußes die Kreditinanspruchnahme jetzt abdrücken und sie der tatsächlichen Lage am Kapitalmarkt anpassen. Währungsrechtlich muß sie die Dinge so nehmen, wie sie liegen sind. Schon der kleinste Anfang einer Inflation, deren Schrecken wir in Deutschland doch wahrlich kennen gelernt haben, bringt die allergrößten Gefahren für Staat und Gesamtheit.

Der Befürchtung, daß nun nach Verteuerung des Inlandgeldes eine stärkere kurzfristige Verschuldung an das Ausland eintrete, die außerordentlich unerwünscht ist und gefährlich für die Währung werden könnte, ist entgegengehalten, daß auch hiergegen die Reichsbank Abwehrmittel finden wird, wie es sich an den schwarzen Werten in diesem Sommer zeigte. Außerdem stehen aber die Monatsgeldsätze im Ausland, auf die es ankommt, höher, als der offizielle deutsche Diskontsatz. Da die Kapitalbildung im Inland freilich bei weitem nicht dem Kapitalbedarf unserer Wirtschaft entspricht, die bot allem immer noch große Summen für Investitionen braucht, bleibt nur der Ausweg langfristiger Kapitalnahme, dem sich in letzter Zeit allerdings erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Es handelt sich nicht nur darum, neue, den Erfordernissen unserer Volkswirtschaft entsprechende Grundzüge für die Zulassung von Auslandsanleihen speziell für öffentl. Körperlichkeiten deutschseits aufzustellen, sondern auch um gewisse im geldgebenden Ausland sich überhaupt gegen deutsche Auslandsanleihen, auch deutscher Privater, einstellende Schwierigkeiten. Die Auslandsanleihen müssen verzinst und getilgt werden, und unsere Reparationsgläubiger im Ausland äußeren Befürchtungen, daß durch die für diesen Zweck notwendigen Devisenzahlungen die für den Dawestransfer erforderlichen Devisen verringert werden könnten. Allerdings schätzt man den für Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus Auslandsanleihen notwendigen Devisenbedarf für die nächsten Jahre nicht höher als 200 Mill. RM. jährlich, eine Summe, die im Vergleich zu den gesamten Zahlungsverpflichtungen Deutschlands an das Ausland einschließlich der Reparationen geringfügig erscheinen muß. Bei der Beurteilung von öffentlichen Auslandsanleihen darf man auch deren wohltätige Folgen für die deutsche Wirtschaft nicht vergessen. Diese Gelder werden wieder für Bauten und alle möglichen Arbeiten und Lieferungen ausgegeben und fließen so gleichfalls der deutschen Privatwirtschaft zu. Neuer Zufluß ausländischen Kapitals in Form von langfristigen Anleihen könnte natürlich den Inlandmarkt entlasten und dadurch Voraussetzungen für Wiederbilligung der Zinsätze schaffen. Borerst muß freilich damit gerechnet werden, daß die Diskonterhöhung den Aufstieg der Wirtschaftskontur bremst. Dabei erfüllt sie jedoch auch unter Umständen die wünschenswerte Funktion, einen infolge der Konjunkturanspannung eines Tages möglichen Rückschlag zu mildern.

**

Politische Neuigkeiten

Der Reichstagsausschuss für die Strafrechtsreform

befähigte sich am Donnerstag mit den §§ 24 und 25 des Strafrechtentwurfes, die die Begriffe „Notwehr“ und „Notstand“ umfassen.

Abg. Dr. Danemann (Dnl.) sprach sich als Berichterstatter für die Fassung der Regierungsvorlage aus, die nicht nur dem Ergebnis einer langjährigen wissenschaftlichen Fassung entsprechen, sondern auch mit der österreichischen Fassung übereinstimmen. Er beantragte verschiedene Einzeländerungen, durch welche eine Angleichung der Vorlage an die bestehenden Rechtsätze erzielt würde. Als Mitberichterstatter widersprach Abg. Säger (Soz.) der Zweckmäßigkeit, den Gesichtspunkt der Proportionalität in das Gesetz aufzunehmen, d. h. vorzuschreiben, daß Notwehr nur dann gegeben ist, wenn der von der Verteidigung zu erwartende Schaden nicht außer Verhältnis zu dem durch den Angriff drohenden Schaden steht. Abg. Städter (Komm.) verlangte eine obligatorische Milderung der Strafe, wenn der Täter die Grenzen der Notwehr überschritten hätte. Im Sinne der sozialdemokratischen und kommunistischen Auffassung sprach sich noch Abg. Brodau (Dem.) aus. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl (D. Vt.), meinte, die bisherigen Bestimmungen hätten im großen und ganzen allen Anforderungen des Lebens entsprochen. Infolge in der neuen Formulierung sei auf jeden Fall die von den Vorrednern schon bekämpfte Proportionalität; denn das Wesen der Notwehr sei, sich oder sein Eigentum in dem von der Rechtsordnung gegebenen Herrschaftsgebiet zu behaupten. Deshalb komme es nicht auf das Maß der Werte der Güter an. Der Redner erklärte, für den sozialdemokratischen Änderungsantrag stimmen zu wollen. Nach weiterer Debatte wurde beschlossen, die Abstimmung erst nach der Beratung des Notstandsparagrafen vorzunehmen, damit die Begriffe der Notwehr und des Notstandes gemeinsam festgelegt werden können.

In der nun folgenden Aussprache über den § 25 des Entwurfes, der den Notstand behandelt, kam zum Ausdruck, daß die Regelung des geltenden Rechtes an erheblichen Mängeln leide. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Danemann (Dn.) wies darauf hin, daß der Entwurf den Kreis der notstandsfähigen Güter erweitere, indem er jedes Rechtsgut, Leib, Leben, Ehre, Freiheit und Eigentum für notstandsfähig erklärt. Auch sind Notstandshandlungen zugunsten jedes Gefährdeten, nicht bloß zugunsten des Täters oder seiner Angehörigen geschaffen.

Deutsch-jugoslawischer Handelsvertrag

Donnerstag vormittag ist in Berlin der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag unterzeichnet worden. Durch den Vertrag wird das bisher bestehende vorläufige Handelsabkommen, das schon auf der Grundlage der Weistbegünstigung beruhte, abgelöst. Neu an ihm ist die Vereinbarung der Weistbegünstigung für das beiderseitige Niederlassungsrecht. Außerdem enthält der Vertrag eine kleine Tarifanleihe, in der beiderseits Zugeständnisse für bestimmte Erzeugnisse der Landwirtschaft festgelegt sind. Deutschland macht solche Zugeständnisse an Jugoslawien insbesondere für einige landwirtschaftliche Produkte, so für Mais und für Pfäutchen, während Jugoslawien uns Vergünstigungen für industrielle Artikel, sowie einen günstigeren Zollfuß für Bier einräumt.

Die Beziehungen Deutschlands zu Jugoslawien werden, wie die Deutsche Diplomatisch-politische Korrespondenz bemerkt, durch den neuen Vertrag auf einen dauernden, festen Untergrund gestellt. Bei der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung Jugoslawiens, das von jeher ein guter Abnehmer Deutschlands war, bedeutet das eine neue Wäsche in dem Netz unserer geregelter und friedensmäßigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Handelsbilanz Jugoslawiens ist während der letzten drei Jahre stets aktiv gewesen; die Aus- und Einfuhr beträgt durchschnittlich im Monat etwa 0,8 bis 0,9 Milliarden Dinar, d. h. 40-50 Millionen M. Durch eine engere wirtschaftliche Verflechtung, die den beiderseitigen Interessen gerecht wird, ergibt sich automatisch eine Verengung der freundschaftlichen politischen Beziehungen. Da es sich im vorliegenden Falle um einen durchaus modernen und liberalen Handelsvertrag handelt, so darf man mit Zuversicht darauf hoffen, daß er auch in dieser Beziehung die wünschenswerten Konsequenzen ergibt.

Rheinschiffahrtsabstimmung in Duisburg

Auf der Rheinschiffahrtsabstimmung in Duisburg übertrug Reichsverkehrsminister Dr. Koch dem Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen die Glückwünsche der Reichsregierung wie auch der Landesregierungen zu der erfolgreichen Arbeit während der vergangenen 50 Jahre. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Rheinschiffahrt die Krise, in der sie sich noch befindet, mit dem ihr eigenen Lebenswillen überwinden wird, und betonte das gemeinsame Verdienst aller Uferstaaten, den Gedanken der freien Schifffahrt verwirklicht und den Rhein zu einer leistungsfähigen Wasserstraße ausgebaut zu haben. Der Minister gedachte in diesem Zusammenhang auch des bald 100jährigen Bestehens der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt.

Dr. Schmitz, Duisburg, erbat den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Vereins in den letzten drei Jahren. Besonders eingehend behandelte der Vortragende die Eisenbahnfragen, deren Behandlung eines der Haupttätigkeitsgebiete des Vereins bildet. Er wies nach, daß der tonnenkilometrische Verkehr der deutschen Wasserstraßen sich gegenüber der Vorkriegszeit vermindert hat, während der der Reichsbahn gestiegen ist, und ging des näheren auf den Kampf zwischen Reichsbahn und Binnenschiffahrt ein. Zum Schluß wandte sich der Redner den internationalen Fragen zu, behandelte eingehend die Arbeiten der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt, die sich besonders auf die Revision der Rheinabgabe bezieht, sowie die schwierigen Arbeiten zur Vorbereitung einer Vereinheitlichung des Binnenschiffahrtsrechts.

Namens der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt sowie im Auftrage der anwesenden ausländischen Behördenvertreter beglückwünschte der Präsident der Zentralkommission, Minister Gout, den Verein zu den glänzenden Ergebnissen, die er seit seiner Gründung erzielt hat.

Geheimrat Koenigs, Ministerialdirigent im Reichsverkehrsministerium, sprach über „Verkehrspolitik“. Er zeigte die leitenden Gedanken auf, welche den Staat in seiner Verkehrspolitik bestimmen und behandelte das Problem vom rein staatspolitischen und vom wirtschaftlichen Standpunkt. Man müsse an der alten preussischen Verkehrspolitik, alle gegebenen Verkehrsarbeiten gleichzeitig und parallel nebeneinander auszubauen, festhalten. Die vorbildlich arbeitende Reichsbahn werde allein nicht sowohl für die Wirtschaft leisten können wie in Verbindung mit Schifffahrt und Kraftwagen. Aufgabe der staatlichen Führung in der Verkehrspolitik bleibe es, das Gleichgewicht zwischen den monopolisierten und nicht-monopolisierten Verkehrsmitteln zu erhalten und der deutschen Volkswirtschaft sowohl eine leistungsfähige Reichsbahn als auch ein leistungsfähiges freies Transportgewerbe zu gewährleisten.

Die kommunistische Raubauktion in Bärth ist zur sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Die Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener

Die Auszahlung der Gelder, die den deutschen Kriegsgefangenen für geleistete Arbeit in England gutgeschrieben worden sind, ist jetzt im Gange und es sind laut „Germania“ bereits 7 Millionen Mark an ehemalige deutsche Kriegsgefangene überwiesen worden. Diese Summe stellt aber noch nicht die Hälfte der gesamten Forderung der Kriegsgefangenen dar. In Deutschland haben sich infolgedessen wesentliche Schwierigkeiten ergeben, als die Erfassung aller Kriegsgefangenen, denen aus Arbeit in der Kriegsgefangenschaft ein solches Guthaben zusteht, noch nicht gelungen ist. Außer England kommt für die Entlohnung deutscher Kriegsgefangenenarbeit im wesentlichen nur noch Frankreich in Frage, das sich verpflichtet hat, die fälligen Zahlungen bis zum Ende dieses Jahres zu leisten.

Der Memelländische Landtag

trat am Donnerstag in Memel zusammen. Der Gouverneur Werks verlas in litauischer und dann in deutscher Sprache eine längere Erklärung, aus der hervorging, daß der Gouverneur sich auf den Standpunkt stellt, daß der Memelländische Landtag vor allem ein Wirtschaftsparlament sei (?). Der Landtag müsse sein Hauptaugenmerk auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Memelgebietes lenken. In jeder öffentlichen Schule müsse der Unterricht in litauischer und deutscher Sprache erteilt werden. Auch der Landtag dürfe sich nicht ausschließlich der einen der beiden gleichberechtigten Landessprachen bedienen. Die Richter müssen nicht nur die beiden Landessprachen beherrschen, sondern auch mit den Gesetzen, die zum Wohle des Gesamtstaates und des Memelgebietes erlassen sind, bekannt sein. In dieser Hinsicht werden den gegenwärtigen Richtern neue Pflichten auferlegt. Dann erklärte der Gouverneur den Landtag für eröffnet.

Bei der Wahl des Präsidiums wurde Abg. v. Dreßler von der Landwirtschaftspartei mit 22 von 27 Stimmen gewählt. Erster Vizepräsident wurde Schulrat Meyer von der Volkspartei, zweiter der Sozialdemokrat Vertschus mit 21 von 24 Stimmen. Schriftführer wurden zwei Abgeordnete der Landwirtschaftspartei und ein Abgeordneter der Volkspartei. Das Präsidium wird also von der Landwirtschaftspartei, der Volkspartei und den Sozialdemokraten, die über zusammen 23 von 29 Stimmen erhielten, gestellt. In der Nachmittagsitzung gab der Präsident Kenntnis von dem Austrittsgesuch des bisherigen Landespräsidenten Schwellnus.

Eine Redefestität. Der preussische Landtag gibt das vorläufige Verzeichnis der Redner heraus, das sich auf rund 300 Sitzungen erstreckt. Die Statistik beginnt am 5. Januar 1925. Aus ihr ergibt sich, daß von den Ministern am meisten der preussische Finanzminister Hüper-Khoff hat sprechen müssen und zwar rund 80mal. Reichsminister Dr. Marx hat als preussischer Ministerpräsident nur 4mal im Landtag geredet. Den absoluten Rederekord hielt der Kommunist Piesch, der in 307 Sitzungen insgesamt 246 Reden gehalten hat. Piesch hielt auch infolgedessen den Rederekord, als er es fertiggebracht hat, in einer einzigen Sitzung 22mal zu sprechen.

Englische Besorgnis wegen der Lage in den baltischen Staaten. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, diplomatische Kreise empfinden einige Besorgnis wegen der augenblicklichen Lage in den baltischen Staaten. Noch vor kurzem habe es danach ausgesehen, als ob ein modus vivendi zwischen Polen und Litauen erzielt werden könnte, für den Großbritannien, Frankreich und Italien arbeiteten. In unbekannter Form sei sogar der Plan erwogen worden, die Bina-Koalition zwischen Polen und Litauen zu teilen. Barchau habe jedoch nichts davon hören wollen. Die drohende Verstimmung zwischen Letland und Estland erhöhe die Besorgnis.

Kurze Nachrichten

Konferenz der Länder. Es ist an die Reichsregierung eine Anregung herangetreten, die Länder zu einer besonderen Konferenz einzuladen. Wie aus Berlin dazu mitgeteilt wird, wird die Reichsregierung dieser Anregung Folge leisten. Die Form der bevorstehenden Konferenz ist aber eine rein verwaltungstechnische Angelegenheit, und es ist darüber noch nichts bestimmt. Die Konferenz dürfte sich in der Hauptsache mit den Finanzfragen befassen.

Der Reichsrat nahm am Donnerstag ein Gesetz zur Abänderung des Reichsverordnungsrechtes und anderer Gesetze an, ferner eine Entschliebung, worin die Vereinstellung von 15 Millionen M zur Erziehungsbefähigung für Kriegserwachsen begründet wird. Der Reichsrat erjudet aber die Reichsregierung, die Entscheidung darüber nicht den Versorgungsbehörden, sondern den Landesfürsorgestellen zu übertragen.

Die Kosten der Besoldungserhöhungen. Wie die „Frankf. Jg.“ aus Berlin meldet, betragen die Mehraufwendungen der Länder für die neue Beamtenbesoldung für Preußen 180 Millionen, für Bayern 58 Millionen, für Sachsen 45 Millionen, für Baden 17 Millionen, für Thüringen 12 Millionen für Braunschweig 4 Millionen und für Oldenburg 3 Millionen.

Stiftung der preussischen Provinzen für die Hindenburgspende. Der Verband der preussischen Provinzen hat namens der preussischen Provinzen einen Beitrag von 200 000 M zur Hindenburgspende überreicht. Die Provinzen haben diesen hohen Betrag besonders aus dem Grunde gezeichnet, weil die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu ihren gesetzlichen Aufgaben gehört.

Gebietsaustausch zwischen Thüringen und Sachsen. Der „Post. Jg.“ zufolge sollen die seit geraumer Zeit zwischen den Freistaaten Sachsen und Thüringen gepflogenen Verhandlungen über einen Austausch des inmitten sächsischen Gebiets liegenden, früher zu Sachsen-Altenburg gehörigen thüringischen Ortes Ruhdorf b. Limbach gegen die von thüringischen Gebietsstellen eingeschlossene sächsische Exklave Liebschwitz b. Gera so weit gediehen sein, daß der Gebietsaustausch endlich vollzogen werden kann.

Dr. Heim und der christliche Bauernverein. Dr. Heim ist, wie aus München gemeldet wird, aus der Vorstandschaft des Bayerischen Christlichen Bauernvereins ausgeschieden. Der Grund ist in Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem vom Deutschen Bauerntag in München zwischen Dr. Heim und Dr. Schittenbauer zutage getretenen Antimilitarismus zu suchen. Die Gerüchte von einem Austritt Dr. Heims aus dem Bauernverein selbst sind unzutreffend.

Weitere Verhaftungen von Litauern in Polen. Die polnischen Behörden haben auch im Wilnaer Lande und in der Wojwodschaf Bialystok unter den dortigen Litauern polnischer Staatsangehörigkeit umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen, 40-50 an der Zahl, befinden sich zahlreiche Priester.

Ende des Streiks der amerikanischen Bergleute. Der Streik in den Kohlengruben von Missouri, Kansas, Arkansas, Oklahoma und Texas ist nach halbjähriger Dauer zu den alten Lohnbedingungen beigelegt.

Badischer Teil

Der Umbau der Heidelberger Universität

Die Baupläne für die Neubauten der Universität liegen, wie aus Heidelberg berichtet wird, bereits dem Bezirksamt vor, so daß mit dem baldigen Baubeginn gerechnet werden kann. Mit Ausnahme des physikalischen Instituts werden alle naturwissenschaftlichen Institute vereinigt und in den Neubauten untergebracht. Nach der in Aussicht genommenen Neugliederung der Universität wird diese stärker als jetzt räumlich in drei Gruppen geteilt sein. Die geisteswissenschaftlichen Lehrbetriebe bleiben in der Gegend des Ludwigsplatzes, die naturwissenschaftlichen Betriebe, die jetzt mehr verstreut liegen, kommen auf das rechte Ufer der Neckarbrücke, und die medizinischen Lehrbetriebe bleiben in der Gegend der Bergheimerstraße.

Die Gegend um den Ludwigsplatz wird eine gründliche Veränderung erfahren, ohne daß das alte Universitätsgebäude äußerlich irgendwie in seinem Ansehen beeinträchtigt werden soll. Für Unterrichtswecke soll dieses Gebäude jedoch später kaum noch in Frage kommen. — Es wird vielmehr vor allem Sitz der Universitätsverwaltung bleiben und möglichst viel der an anderen Stellen untergebrachten Verwaltungsbüros aufnehmen. Das neue Kollegienhaus bleibt in seinem bisherigen Bau unverändert, es erhält jedoch einen neuen Seitenflügel. In diesen neuen Flügel kommt u. a. das neue juristische Seminar. Die Häuser an der Augustinerstraße und an der Schulgasse sind bereits vom Lande Baden oder der Hochschulfürsorge aufgekauft worden. Sie werden durchweg dem Universitätsneubau zum Opfer fallen und einem neuen großen Hörsaalgebäude Platz machen. Man rechnet mit einer annähernd vierjährigen Bauzeit für die Gebäude am Ludwigsplatz.

Der neuen medizinischen Klinik sollen zwei neue Flügel angebaut werden. Weiter ist geplant eine neue chirurgische Klinik und ein neues pathologisches Institut zu erbauen. Daneben ist in Aussicht genommen, jeber Heidelberger Klinik ein neues Wirtschaftsgebäude anzubauen. Die Heidelberger Neubauten werden insgesamt 16,9 Mill. Reichsmark an neuen Mitteln erfordern. Wie in Freiburg, wird auch die Stadt Heidelberg einen großen Anteil auf ihre Rechnung übernehmen.

Die Einlagebestände bei den badischen Sparkassen

Auch für den Monat August ist ein weiteres Anwachsen der Spareinlagen bei den badischen Sparkassen festzustellen. Nach dem Ergebnis der Feldensstatistik waren am Anfang des Berichtsmontats etwa 190,2 Mill. Reichsmark Spareinlagen vorhanden. Die Einzahlungen im Laufe des Monats August beliefen sich auf etwa 13 Mill. Reichsmark, die Rückzahlungen auf 8,2 Mill. Reichsmark, so daß eine Nettozunahme in Höhe von 4,8 Mill. Reichsmark (gegenüber 4 Mill. Reichsmark im Vormonat) zu verzeichnen ist. Der Spareinlagenbestand bei den badischen Sparkassen belief sich somit am 31. August 1927 auf etwa 195 Mill. Reichsmark. Auch die Giro-, Scheck- und Depositionseinzahlungen sind wieder auf 41 Mill. Reichsmark (gegenüber 38,5 Mill. Reichsmark im Vormonat) angewachsen. Die gesamten Einlagebestände bei den badischen Sparkassen hatten somit Ende August 1927 die Höhe von 236 Mill. Reichsmark.

Über „Deutschen Seidenbau“

sprach am 5. Oktober, abends, im Hotel-Restaurant „Friedrichshof“ in Karlsruhe, Oberst a. D. Vietz, Geschäftsführer des Reichsverbandes für deutschen Seidenbau, und führte dabei etwa folgendes aus:

Die früheren Versuche, den Seidenbau in Deutschland heimisch zu machen, scheiterten einestells an mangelnden biologischen Kenntnissen, was Mißerfolge zeitigte und wodurch Mistrauen und Argwohn bis in unsere Zeit hineingetragen wurde, andererseits aber auch durch Mißachtung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Seidenbaues. Ein in Deutschland betriebener Seidenbau hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn dem deutschen Seidenbau die Erfahrung der Wissenschaft praktisch zunutze gemacht und damit diese Arbeit weiten Volksschichten ermöglicht wird. Grundbedingung ist, ein hervorragendes Brutmaterial herauszubringen, das, dem praktischen Seidenbau in die Hand gegeben, Gewähr bietet, Kokons zu züchten, deren Seidegehalt der bislang eingeführten ausländischen Seide mindestens gleichwertig oder überlegen ist. Tatsächlich ist bei den Untersuchungen, die das staatliche Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem in dieser Angelegenheit angestellt hat, die Überlegenheit der aus deutscher Brut in deutschen Raupereien gewonnenen Kokons gegenüber im Ausland erzeugten Kokons nachgewiesen worden. Das günstige Ergebnis dieser Versuche hat dazu geführt, die Vertretung der Interessen des deutschen Seidenbaues, für die ein Unteranschuß der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft schon Vorarbeiten geleistet hatte, einem Reichsverband zu übertragen, der alle wissenschaftliche und praktische Arbeit leisten wird, und durch dessen Tätigkeit den Seidenbauern die Versorgung mit einwandfreiem, hochwertigem Eiermaterial und die Kokonsabnahme gewährleistet ist. Die Gewinnung einer solchen überlegenen deutschen Hochzucht sichert dem deutschen Seidenbauer von vornherein eine Rentabilität, wenn er nur selber bei Ausführung der Zucht Gewähr für Pflanzlichkeit und Reinlichkeit bietet. Der Seidenbau ist in erster Linie eine Futter- und eine Raumpfrage, nach der jeder Interessent die Größe seiner Anlage und seiner späteren Zucht einstellen und berechnen kann. In den südlichen Ländern ist aus klimatischen Gründen meist nur eine Zucht jährlich möglich, während in unserem Klima durch Stoffung mehrerer Zuchten durchgeführt und dementsprechend auch höhere Ergebnisse durch Raupernahrung und Kräftechonung erzielt werden können. Die unbegründete Gegnerschaft der deutschen Seidenindustrie scheint durch die Ergebnisse des bis jetzt Erreichten im Schwinden begriffen, und auch die Regierungen des Reichs und der Länder werden nicht umhin können, der Seidenbaufrage ihr ernstestes Interesse zuzuwenden. Am so mehr muß letzteres der Fall sein, als wir jährlich etwa 200 Millionen Reichsmark dem Ausland für Seide hingeben, von denen durch Aufnahme des Seidenbaues im Inland wenigstens ein Bruchteil der deutschen Volkswirtschaft erhalten werden könnte. Der Reichsverband für deutschen Seidenbau, der sich die Förderung der Sache in jeder Hinsicht zur Aufgabe gemacht hat, und dem die bestehenden Landesvereine in Süddeutschland angehören, wird allen Anpreisungen und Irreführungen durch unläutere Elemente entgegenarbeiten und verweist alle ausübenden und neuzuzukommenden Seidenbauer durch seine Organe und Sachverständige auf den rechten Weg!

Die für Württemberg, Baden und die Pfalz bestehenden Auskunftsstellen sind für ersteres: Württembergischer Seidenbauverein in Korntal, und für die beiden letzteren: Badischer Seidenbauverein in Karlsruhe, Handelstraße 20.

Tagungen

Die nächste Hauptversammlung der Deutschen Turnerschaft soll in Verbindung mit einer Erhebung des früheren verbliebenen Vorständen der D. T. M., Maul, in der Zeit vom 13. bis 15. April 1928 in Karlsruhe stattfinden.

Der Rheinpark Rappewört

Seit Jahren besteht das Projekt, auf der südlich des Karlsruher Rheinhafens gelegenen, von einem Arm des Rheins umflossenen Insel Rappewört eine Erholungsstätte für die großstädtische Bevölkerung zu schaffen. Dieser schöne und hehrwürdige Gedanke, zu dessen Verwirklichung ja schon lange Vorarbeiten im Gange sind, kommt freilich nur allmählich vorwärts, da eben auch die badische Landesverwaltung mit dem Umstand rechnen muß, der viele Pläne der öffentlichen und Privatwirtschaft zum Teil unmöglich macht, zum Teil hemmt und aufhält. Der geplante Rheinpark Rappewört, der auch ein großes Rheinstrandbad enthalten soll, ist ein Unternehmen von großer sozialer und kultureller Bedeutung, es läßt sich entsprechend der Finanzlage der Stadt, wie gesagt freilich nur insoweit und in dem Tempo seiner Verwirklichung zuführen, als nicht andere, noch dringendere Bedürfnisse die der Stadt zur Verfügung stehenden Mittel beanspruchen. Allein mit dem Rechenstift in der Hand, dürfen solche Fragen jedoch nicht beurteilt werden, denn die Hebung der Volksgesundheit durch Erholungsstätten macht sich, wie alle hygienischen Einrichtungen, für die Allgemeinheit schließlich indirekt bezahlt. Wie jeder Private, muß auch eine öffentliche Körperschaft weitestgehende Vorarbeiten für Projekte leisten, wenn sie auch nicht sofort voll zu realisieren sind. Man schafft dadurch die besten Vorbedingungen, daß schließlich auch wirklich Sachdienliches und möglichst Vollkommenes entsteht und gibt dem Geplanten Zeit zum Reifen.

Das Projekt Rappewört steht im Zusammenhang mit dem Generalbebauungsplan unserer Landeshauptstadt. Bürgermeister Schneider, dessen Schöpfer, über gibt in einem sehr schön, geradezu reich ausgestatteten Werk mit bunten Karten und Kartenmaterial „Die Grünpolitik im Karlsruher Generalbebauungsplan — der Rheinpark Rappewört“ das Geplante der Öffentlichkeit, wobei er die für die Bebauung des Geländes der Landeshauptstadt vorhandenen Möglichkeiten erörtert, auch auf früher begangene Fehler hinweist. Er sagt, daß sich gerade für Karlsruhe, das weder am Gebirge, noch am Rhein liegt, städtebauliche Sünden schwerer rächen müßten als in anderen Städten, wo die Landschaft das Stadtbild beinahe unverwundlich beherrscht. Karlsruhe ist darauf angewiesen, seine städtebauliche Entwicklung unter bevorzugter Betonung der Grünflächen zu suchen. Im Osten und Süden liegen das Gebirge, im Westen der Rhein, beide mit dem Grünflächensystem der Stadt zu verbinden, ist die Aufgabe. Es werden dann die sich ruit der Zeit als notwendig ergebenden Änderungen auf verkehrspolitischen Gebiet erörtert und auf die gegenwärtige Einengung und Abgrenzung der Stadt von ihrer Umgebung durch die Eisenbahnanlagen hingewiesen. Nach Erörterung der verschiedenen, in den einzelnen Himmelsrichtungen gegebenen Möglichkeiten und Plänen, geht die Schrift dann auf das Rappewörtprojekt ein.

Dort soll ein großes Rheinstrandbad erbaut und die Insel selbst als Park erschlossen werden. Der an den Rhein anstoßende 800 Meter lange Westrand der Insel ist zur Benutzung als Badestrand nicht unmittelbar geeignet. Die Bademöglichkeit wird durch Ausbaggerung eines in 40 Meter Abstand parallel zum Rhein verlaufenden, landseitig sichelförmig eingebuchteten, seerartigen Wasserbeckens künstlich geschaffen. Dieses Becken erhält eine Länge von 430 Meter und eine große Breite von 115 Meter und wird am seinem oberen und unteren Ende durch kurze Kanäle mit dem Rhein verbunden und so unmittelbar mit fließendem Rheinwasser gespeist. Das sichelförmige, langgestreckte Ufer ist sehr flach und bildet den eigentlichen rund 500 Meter langen Badestrand. Das parallel zum Rhein verlaufende wasserseitige Ufer wird normal ebensolch mit Treppen und einem Springturm versehen; seine Benutzung ist auf die Schwimmstunden beschränkt. Das Ganze wird ergänzt durch eine 400 Meter lange Schwimmstrecke im offenen Rhein, die durch je eine, am oberen und unteren Ende der Insel zu verankernde Pontonbrücke zugänglich gemacht wird, sowie durch eine schwimm-sportlichen Veranstaltungen dienende, durch zwei Floßbrücken gebildete 50 Meter-Bahn in der Mitte des Wasserbeckens. Sommerfrisch zur Mittelachse der Anlage ist in beherrschender Lage Raum für ein großes Badrestaurant und anschließend für Liegelläden, Gymnastikräume u. a. mit vorgelagerter Terrasse und Sicht nach allen Seiten. Weidseitig der Terrasse auf gleicher Höhe mit dieser sind je drei große, zu Gruppen aufeinandergehende Auskleidehallen mit den zugehörigen Nebenanlagen. Die Rückfront der Auskleidehallen ist durch Spielplätze vom anschließenden Wald getrennt. Die von den Auskleidehallen eingeschlossenen großen Höfe werden mit Turngeräten ausgestattet, die ausgedehnten, zwischen den Gebäuden und den Badebecken liegenden Rasenflächen sind in ihrem mittleren Teil der Ruhe der Badegäste, im übrigen jeglicher Art frühlichen Spiels gewidmet. Teile davon werden unter Rücksichtnahme derjenigen, die aus irgend einem Grunde sich vom gemeinsamen Baden fernhalten wollen, der ausschließlichen Benutzung durch Frauen bzw. durch Männer vorbehalten. Der zur Verfügung stehende Raum ist so groß, daß selbst bei 5 000, ja 10 000 Besuchern, keine lästige Enge zu entstehen braucht. Der landseitige, flache, sichelförmig verlaufende eigentliche Badestrand der Frauen und Kinder, das gegenüberliegende ziemlich steile, nur für Schwimmer geeignete Beckenufer und schließlich in 40 Meter Abstand davon der freie Rhein — erzwingt es, daß die Badenden sich auf dem ganzen großen, mehr als 100 000 qm umfassenden, von überfluteter frei zu übersehenden Raum von selbst gleichmäßig verteilen.

Der Rappewört soll der breiten Masse der Karlsruher Bevölkerung zugute kommen, besonders auch denen, die die Mittel für einen auswärtigen Sommeraufenthalt nicht aufzubringen vermögen. Die Schrift schätzt diejenigen Karlsruher, welche im Sommer durchschnittlich 14 Tage auswärts weilen, auf rund 20 000 dazu kommen die Ausflüge und man glaubt, daß 4 Mill. RM jedes Jahr so aus Karlsruhe hinausgetragen werden. 450 000 RM werden für Sommeraufenthalte aus den Karlsruher Badeorten für auswärtige Erholungsanfänger aus. Die Schrift glaubt die Frage aufwerfen zu können, ob nicht nach Fertigstellung des Rappewört mindestens die Hälfte der letztgenannten Summe, und zwar mit viel größerem Erfolg, in Karlsruhe selbst ausgegeben werden kann? Sei es übertrieben, zu vermuten, daß wenigstens 10 v. H. des bisher für Ausflüge und Ferienaufenthalte aus der Stadt fließenden Geldes künftig in Karlsruhe bleiben werden? Schon unter Annahme einer mehr als halbierenden Besucherzahl von jährlich nur 100 000 erhält man bei einem kleinsten Tarifsatz von 20 Pf für Erwachsene und 10 Pf für Kinder nach Abzug aller Betriebs-, Erneuerungs- und anderer Nebenkosten einen Überschuß von rund 20 000 RM, der zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals verwendet werden kann. Es wird angenommen, daß die Einrichtungen des Rappewört schon im Frühjahr und auch noch im späten Herbst außerhalb der eigentlichen Badezeit noch eine starke Anziehungskraft ausüben werden. Vorbedingung besonders großer Besucherzahlen auf dem Rappewört ist allerdings seine möglichst vollkommene Verbindung mit der Stadt, die geplant ist. Auf die Gefahr der Schnafelplage wird erwidert, sie sei eine allgemeine Karlsruher Frage, ja eine solche des ganzen badischen Landes. Sie endlich mit Energie anzugehen, sei zur dringenden Notwendigkeit geworden. In der Krallonne und in bewegter Luft hielten sich Schnafeln nicht

auf, man wird deshalb auf dem ganzen, der Sonne und dem Wind geöffneten Gebiet der Badeanlagen auf dem Rappewört ebensowenig auf Schnafeln zu leiden haben wie die Besucher des Maxaubades und viel weniger als die Tausende, die bisher am Rheinufer bebaut haben. Die Schrift schließt mit einem Ausblick: Nachdem um die Jahrhundertwende eine weitgehende Stadtpolitik den Rhein für Handel und Industrie in Karlsruhe wirtschaftlich erobert hat und die städtische Wirtschaft durch Ausdehnung ihres Einzugsgebietes auf das linke Rheinufer mittels der festen Rheinbrücke bei Maxau neuerdings gestärkt werden wird, wird der Rhein und die ihm innewohnenden gewaltigen Kräfte nunmehr auch für die Gesundheit und Lebenskraft der Karlsruher Bevölkerung dienstbar gemacht werden.

Aus der Landeshauptstadt

Kranzniederlegung. Anlässlich der 20. Wiederkehr des Todesjahres des Großherzogs Friedrich I. am 28. September, legte der Ehrenpräsident des Badischen Kriegereubundes, Generalmajor a. D. Anheuser, in der Rüstengruft der Grabkapelle einen Kranz am Sarge des Protektors des Bundes nieder.

Entgleisung bei Unterrombach. Donnerstag nachmittag 5 Uhr entgleisten beim Rangieren im Bahnhof Unterrombach zwei Wagen eines Güterzuges, wodurch beide Hauptgleise auf etwa 1 1/2 Stunden gesperrt wurden. Der Personenverkehr bei den Zügen 888 Heidelberg—Karlsruhe und 925 Karlsruhe—Heidelberg, wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Sachschaden ist nicht entstanden, verletzt wurde niemand.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.B. Mannheim, 7. Okt. Der des Mordes an der Konstituentin Anna Väder, die im Räfertal Wald bei Mannheim erschossen aufgefunden wurde, verdächtige Franz Kettner, der in Saarbrücken vorzeitig beim Verannahen der Polizei aus dem Fenster gesprungen war und sich durch die Flucht in den Wald der Verhaftung entzogen hatte, ist gestern Nacht festgenommen worden. Durch seine gänzliche Mittellosigkeit und die kalte Witterung getrieben, war er gestern abend in die Wohnung seines Bruders nach Jägersfreude bei Saarbrücken zurückgekehrt. Die Polizei, die sofort Nachricht erhielt, durchsuchte das Grundstück und fand Kettner auf dem Hof bestückt. Er wurde ins Untersuchungsgefängnis Saarbrücken eingeliefert.

DJ. Heidelberg, 6. Okt. Die Friedrichsbrücke in Heidelberg, die über den Neckar führt, wurde am 10. September 1877 dem Verkehr übergeben. Die Einweihung der Brücke erfolgte am 7. Oktober 1877, so daß die Friedrichsbrücke am 7. Oktober ihr 50 jähriges Jubiläum begeht.

DJ. Heidelberg, 6. Okt. Gestern abend sind etwa 300 amerikanische Legionäre von der „Region Tennessee“ mit ihren Damen hier eingetroffen. Sie haben hier übernachtet und sind heute früh nach Köln—London weitergefahren.

DJ. Baden-Baden, 6. Okt. Bundeskanzler Dr. Seipel traf gestern nachmittag, begleitet vom badischen Minister des Innern und anderen Herrn zu kurzem Aufenthalt hier ein. Der Bundeskanzler besichtigte das Kurhaus und machte eine Autofahrt durch die Stadt und ihre Umgebung.

W.B. Singen a. S., 7. Okt. Die Aluminium-Walzwerke in Singen sind durch Unterschlagungen ihres Produzenten Schiffmann schwer geschädigt worden. Der Mitte der 30er Jahre stehende Produzent war mehrere Jahre bei der Firma tätig und ist seit Montag nicht mehr im Büro erschienen. Eine Revision der Bücher ergab, daß Schiffmann 95 000 RM unterschlagen hatte. Sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 6. Oktober
Die Börse lag in dieser Woche uneinheitlich. Während sich für Spezialwerte des Elektro- und Chemiemarktes, vom Ausland unterstützt, Anregungen ergaben, so daß die Kurse kräftig anzogen, lagen die übrigen Märkte überaus flau. Der Auftragsengang war klein und das Publikum hielt sich fast ganz fern. Bestimmende wirtschaftliche und finanzielle Gründe beherrschten die Börse. Mit Sorge betrachtet man die Lohnbewegungen. Aber das Schicksal der deutschen Auslandsanleihen liegt noch keine Gewissheit vor. Dazu kam die scharfe Anspannung des Geldmarktes zum Ultimo. Die glatte Überwindung des recht schwierigen Herbsttermins hätte aber für die Börse eine starke Anregung geben können, wenn nicht neue veritimmende Momente aufgetreten wären, die eine weitgehende Zurückhaltung aller Börsenkreise veranlassten. Vor allem war es die zwar nicht ganz unerwartete, aber durch die Möglichkeit ihres Eintritts doch störende Diskonterhöhung der Reichsbank, die an der Börse große Abgaben und starke Kursverluste im Gefolge hatte. Infolgedessen war auch das Interesse des Auslandes scharf gesunken, dessen Spekulationsstrecke durch den überraschenden Schlag wieder ziemlich betrübte Verluste am deutschen Aktienmarkt erlitten haben. Zum Schluß der Woche zeigte die Börse wieder etwas Widerstandskraft.

Geldmarkt. Der Herbstquartalsultimo, der immer der schwierigste Termin im Jahre ist und dem man mit begrifflicher Sorge entgegenzusehen hatte, ist durchaus glatt verlaufen. Der allgemeine Geldbedarf betrug diesmal außer den starken Anforderungen der Wirtschaft noch eine besondere Verschärfung durch den Zusatzbedarf der öffentlichen Kassen für die Vorauszahlungen auf die Besoldungserhöhung. Durch die anwachsende Nachfrage erfuhren die Geldsätze eine unvermeidliche Verteilung, die sich aber durch aus im Rahmen des Normalen hielt. Man rechnet mit einer baldigen Entspannung unter dem Einfluß der Oktoberrückflüsse. Dem Vorgehen der Reichsbank schlossen sich wie immer alle anderen Banken an. Die Folge der Diskonterhöhung ist ein neuer Anreiz für das Ausland, seine Kapitalien in Deutschland anzulegen.

Produktenmarkt. An den Getreidebörsen war das Geschäft ruhig. Die inländischen Zufuhren haben mit dem Eintritt des Herbstwetters zugenommen. Auch der Export war, besonders bei Roggen, groß. Die Preise sind bei dem reichlichen Angebot fast durchweg zurückgegangen. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 256 (minus 2), Roggen 287 (minus 7), Wintergerste 224 (unv.), Sommergerste 255 (unv.), Hafer 212 (plus 3) RM je pro Tonne und Mehl 35 1/2 (minus 1/2) RM pro Doppelzentner.

Warenmarkt. An den Textilrohstoffmärkten hat die Tendenz umgeschlagen. An den bisher matten Baumwollmärkten setzte sich eine feste Tendenz durch, während an den Wollmärkten eine etwas flauere Stimmung eingetreten ist. Das Geschäft in Textilfertigungsgütern ist sehr lebhaft. An den letzten Auktionsauktionen gingen die Preise erneut in die Höhe. Ab 1. Oktober wurden die Preise für Zement ermäßigt. Die deutschen Kohlenmärkte haben unter verschärftem Wettbewerb auf den Weltmärkten, besonders durch England, zu leiden. Auch im Inland ist der Kohlenbedarf zurückgegangen infolge des Wettbewerbs von Öl, Wasserkraft, sowie wirtschaftlicherer Ausnützung der Kohlen durch Elektrifizierung.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 8. Oktober bis 18. Oktober 1927

a) Im Landestheater:
Samstag, 8. Okt. * C 5. Th.-Gem. 501—600. Treibjagd. Schauspiel von Blume. 8 bis geg. 10 1/2. (5.—)
Sonntag, 9. Okt. * G 4. Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky. 7 1/2—10 1/2. (8.—)
Montag, 10. Okt. * Volksbühne 1. Macbeth. Trauerspiel von Shakespeare. Plätze aller Platzgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 7 1/2—10 1/2. (5.—)
Dienstag, 11. Okt. * B 5. Th.-Gem. 1. S. Gr. Ein besserer Herr. Lustspiel von Hafenclever. 8—10. (5.—)
Mittwoch, 12. Okt. * A 6. Th.-Gem. 201—300. Zum erstenmal: Die Käferschule. Komische Oper von Menau. 8 bis 10 1/2. (7.—)
Donnerstag, 13. Okt. * D 8 (Donnerstagmiete). Boris Godunow. Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky. 7 1/2—10 1/2. (8.—)
Freitag, 14. Okt. * F 6 (Freitagmiete). Th.-Gem. 601—700. Florian Geyer. Tragödie des Bauernkrieges von Gerhart Hauptmann. 7 1/2—10 1/2. (5.—)
Samstag, 15. Okt. * E 5. Th.-Gem. 2. S. Gr. Zu Kleists 150. Geburtstag: Leonore-Quvertüre Nr. 3. Hierauf zum erstenmal: Robert Guisard von Kleist. Hierauf: Neu einstudiert: Der zerbrochene Krug. Lustspiel von Kleist. 8 bis 10. (5.—)
Sonntag, 16. Okt. Vormittags: Morgenfeier: Heinrich von Kleist und sein Werk. 11 1/2—12 1/2. (2.— und 1.—) Nachmittags: Sylvia (Ballet) von Jules Barbier und Mmesante. 3—5. (3.—) Abends: * C 6. Th.-Gem. 401—500. Don Giovanni. Oper von Mozart. 7 1/2 bis geg. 10 1/2. (8.—)
Montag, 17. Okt. Außer Miete. Badischer Dichter- und Komponisten-Abend. 8—10. (3.—)
Dienstag, 18. Okt. * G 5. Th.-Gem. 3. S. Gr. (1. Hälfte), Leonore-Quvertüre Nr. 3. Hierauf: Robert Guisard von Kleist. Hierauf: Der zerbrochene Krug. Lustspiel von Kleist. 8—10. (5.—)
b) Im Städt. Konzerthaus:
Sonntag, 9. Okt. * Unsere kleine Frau. Schwan von Avert Hopwood. 7 1/2 bis geg. 10. (4.20)
Sonntag, 16. Okt. * Die gutgeschmittenen Ede. Tragikomödie von Subermann. 7 1/2—10. (4.20)
c) In der städt. Festhalle:
Montag, 10. Okt. 1. Volks-Sinfonie-Konzert. Leitung: Josef Krips. 8 bis geg. 10. (3.—)
Platzmiete für 6 Volks-Sinfonie-Konzerte 8.00—13.50 M.
Vorankündigung:
Dienstag, 1. Nov. Gastspiel Lily Hafgren (Soprano) — Parsifal von Richard Wagner.

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 3 1/2—5 Uhr.

Verschiedenes

Das Flugzeug D 1230

Ist am Donnerstag nach der Landung bei Santa Cruz wieder glücklich gestartet und hat den Flughafen von Lissabon erreicht, von wo der Weiterflug nach den Azoren angetreten werden soll. Die Zunkerwerke erhielten ein Telegramm von heute, Freitag früh aus Lissabon, in dem mitgeteilt wird, daß wegen schlechter Wetterlage der Start der „D 1230“ verschoben ist.

Der Führer des Zunkerflugzeuges erklärte in Lissabon einem Vertreter der Agence Havas: Wir flogen von Amsterdam in durchschnittlich 500 Meter Höhe die französische Küste entlang und nahmen Richtung auf Quessant, begünstigt von Südost-, später von Ostwind. Während des ganzen Fluges sandten wir Nachrichten an die Station Quessant, die hierauf antwortete. Wir erreichten bei herrlichem Wetter die spanische Küste und trafen Vigo an, das Antwort sandte. Nachdem folgten wir der portugiesischen Küste. Ungefähr 100 Kilometer von Lissabon gerieten wir in dichten Nebel. Wir verfielen mehrere Male Lissabon anzurufen, um uns die Richtung angeben zu lassen, ohne jedoch Antwort zu erhalten. Vor die Unmöglichkeit gestellt, den Flug fortzusetzen, beschloßen wir um 4.45 Uhr, auf das Meer niederzugesinken. Da Lissabon nicht auf unsere Anrufe antwortete, entschloßen wir uns, auf dem Weg unserer Landung zu bleiben, der unserer Berechnung nach Santa Cruz sein mußte. Das Meer war glücklicherweise ruhig. In der Nacht wurde uns dann ein Schleppboot zur Hilfeleistung gesandt. Wir hofften, falls sich der Nebel verteilen würde, bei Tagesanbruch Lissabon auf dem Luftwege zu erreichen, mußten uns jedoch entschließen, uns ins Schleppboot nehmen zu lassen. Im übrigen war der Flug ausgezeichnet, und wir hätten ihn fortgesetzt, wenn wir nicht durch den Nebel behindert worden wären. Die Motoren arbeiteten gut. Wir befürchten einen Witterungsumschlag, wenn nicht, so hoffen wir, in zwei bis drei Tagen wieder aufsteigen zu können, ohne jedoch die Versicherung geben zu können, ob wir den Flug fortsetzen oder nach Deutschland zurückkehren werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen.
Die im Städtischen Krankenhaus in Konstanz zur Ausbildung von männlichem Krankenpflegepersonal zu errichtende Krankenpflegeschule wurde staatlich anerkannt. Zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses dieser Schule wurde Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Pfunder in Konstanz ernannt.
Karlsruhe, den 4. Oktober 1927.

Der Minister des Innern:

J. B.: Föhrenbach

Bekanntmachung

(vom 3. Oktober 1927)

Die Führung der Grund- und Pfandbücher in der Zwischenzeit.
Die Zwischenverordnung vom 4. Mai 1900 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 619) ist in den Grundbuchbezirken Dittighheim und Unterwittighausen (Amtsgerichtsbezirk Taubertshausen) am 1. Oktober 1927 in Kraft getreten.
Karlsruhe, den 3. Oktober 1927.

Der Justizminister:

J. B.: Schmidt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:
Kanzleihilfe Josef Koch beim Amtsgericht Mannheim zum Kanzlisten; die Hilfsaufseher Karl Bedner und Karl Säger beim Landesgefängnis Freiburg zu Aufsehern.

Verstorben:
Justizrat Ludwig Carl in Eppingen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	7. Okt.		6. Okt.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	167.05	168.39	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.53	112.35	112.57
Statten 100 R.	22.92	22.96	22.96	22.23
London 1 Pf.	20.405	20.445	20.405	20.445
Reimbort 1 D.	4.1880	4.1960	4.1915	4.1995
Paris 100 Fr.	16.45	16.49	16.445	16.485
Schweiz 100 Fr.	80.79	80.95	80.845	81.005
Wien 100 Schilling	59.145	59.236	59.18	59.230
Prag 100 Kr.	12.421	12.441	12.422	12.442

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 4. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 1 1/2 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden war es gestern zeitweise heiter und meist trocken. Die Zufuhr harter und trockener Luft in der Höhe ließ wiederum die Einstrahlung nicht wirksam werden, so daß die Tagesmittel der Temperatur unverändert etwa 5 Grad unter dem Normalwert liegen. Nachts sanken die Temperaturen in den Hochlagen wieder unter den Gefrierpunkt. Auf der Rückseite des Hochdruckgebietes über England

ist ein Teil der zur Nordmeerküste fließenden Warmluft in südlicher Richtung abgelenkt und über die Nordsee bis nach Mitteldeutschland vorgezogen. Die Warmluft hat über der Ostsee zur Bildung eines Teilwirbels geführt und macht sich heute auch bei uns durch starken Temperaturanstieg, besonders in der Höhe, bemerkbar (Zellberg heute um 4 Grad wärmer gegen 3 Grad Kälte gestern). Da jedoch der eingedrungene Warmluftkörper nur geringe Massen besitzt, wird die Erwärmung bei uns voraussichtlich keine weiteren Fortschritte machen. Das Hochdruckgebiet baut über England langsam ab, wird aber unsere Witterung noch beeinflussen. Wetterausblick bis Samstag: Zeitweise wolfig und meist trocken, Wetter mit Frühlingsnebel, etwas wärmer als an den Vortagen, Hochlagen noch leichte Nachtfrostgefahr.

3 Außerordentlich billige Serien

HERREN-STOFFE

Kammgarne, gute, solide tragfähige Qualitäten

Mk. 10. — per Meter Mk. 12. — per Meter Mk. 14. — per Meter

LEIPHEIMER & MENDE

G. 747

Öffentliche Zahlungserinnerung.

Es sind zu entrichten:

- Auf 10. Oktober 1927 die Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer 1927 nebst dem Zuschlag zur Landeskirchensteuer aus der Einkommensteuervorauszahlung.
- Auf 15. Oktober 1927 die III. Rate der Grund- und Gewerbesteuerzahlung 1927 nebst dem Zuschlag zur Landeskirchensteuer.
- An die Zahlung der auf 1. Oktober 1927 fälligen Rentenbankzinsen wird ebenfalls erinnert.

Werden die unter a-c genannten Abgaben nicht binnen einer Woche bezahlt, so erfolgt der Einzug im Kostnahmeverfahren.

Man zahle bargeldlos und vergesse nie bei den Zahlungen die Steuernummer bezügl. bei den unter b und c genannten Abgaben die Sollbuchnummer anzugeben.

Karlsruhe, den 5. Oktober 1927.

Finanzamt Karlsruhe-Stadt und Land.

Wausperre am Ettlinger Tor.

Gemäß § 6 des Ortsstatutengesetzes wird auf Antrag des Herrn Oberbürgermeisters hier über das von der Karl-Friedrichstraße, Kriegsstraße, Kreuzstraße und Markgrafenstraße umschlossene Gebiet die Wausperre verhängt.

Karlsruhe, den 5. Oktober 1927. O. 3. 119

Badisches Bezirksamt Abt. II.

Bekanntmachung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner und Erfahrmänner zur Angestelltenversicherung betr.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung findet statt:

Für die Arbeitgeber, wie auch für die Angestellten am

Sonntag, den 13. November 1927,

von vorn 9 Uhr bis nachm. 6 Uhr,

für den Wahlkreis Karlsruhe, d. i. der Amtsbezirk Karlsruhe (frühere Bezirke Karlsruhe und Durlach).

Der Wahlkreis ist in fünf Stimmbezirke eingeteilt. Es umfasst der Stimmbezirk:

A. Das Stadtgebiet Karlsruhe westlich der Linie: Neuburgweg, Habsburgerstraße, Frödelstraße, Scheffelstraße, Kochstraße, Weberstraße, Roggenbachstraße, Hindenburgstraße.

Ferner von den Landgemeinden: Eggenstein, Forchheim, Hochstetten, Nielingen, Leopoldshafen, Viedolsheim, Vinkenheim, Ruhheim, Teufelschneureut und Welschneureut.

Wahllokal: Gutenbergstraße II, Zimmer Nr. 10, Eing. Kaiser-Allee 55.

B. Das Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie A bis zur Linie Eggensteiner Landstraße, Hans-Thomastraße, Stefaniensstraße, Karlstraße bis Ende, sowie den Stadtteil Veiertheim und die Weiserfeld-Siedlung.

Ferner von den Landgemeinden: Ullach.

Wahllokal: Südenschule I, Zimmer Nr. 9, Eing. Südenstr. 41.

C. Das Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie B bis zur Linie Vinkenheimer-Allee, Finkel, Kronenstraße, Wendelssohnplatz, Kriegsstraße, Wolfartsweierstraße, sowie den Stadtteil Ruppurr mit Gartenstadt.

Wahllokal: Vindenschule, Zimmer Nr. 7, Eing. Kriegsstr. 118.

D. Das restliche Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie C mit dem Stadtteil Rintheim.

Ferner von den Landgemeinden: Blankloch, Büding, Friedrichstal, Graben, Hagsfeld, Spöck und Staffort.

Wahllokal: Karl-Wilhelmshule, Zimmer Nr. 4, Ecke Ludwig-Wilhelm- und Karl-Wilhelmstraße, Eing. rechts.

E.

Das ganze Stadtgebiet Durlach mit Vororten.

Ferner von den Landgemeinden: Verghausen, Grödingen, Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Jöhlingen, Kleinfeinbach, Palmbach, Söllingen, Stupferich, Untermuthelbach, Weingarten, Wolfartsweier und Wöschbach.

Wahllokal: Rathaus in Durlach, Hauptstraße 33, 2. Stock, Zimmer Nr. 2 (Mathausaal).

Es sind zu wählen: 8 Vertrauensmänner und 16 Erfahrmänner.

Die Vertrauensmänner und Erfahrmänner sind je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten zu wählen.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis spätestens drei Wochen vor dem Wahltag dem unterzeichneten Wahlleiter Vorschlagslisten einzureichen, die von wirtschaftlichen Vereinigungen oder Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen aufzustellen sind. Diefen Vorschlagslisten stehen nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung solche Vorschlagslisten der Arbeitgeber oder der Versicherten gleich, die von mindestens fünf Wahlberechtigten unterschrieben sind.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede Vorschlagsliste soll mindestens soviel Namen enthalten, als Erfahrmänner und Vertrauensmänner zu wählen sind. Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Nachnamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Eine Trennung der Vorgesetzten nach Vertrauensmännern und Erfahrmännern ist unzulässig.

Mit der Einreichung der Vorschlagslisten ist von den Wahlberechtigten ein Listenvertreter und ein Stellvertreter, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter bevollmächtigt sind, zu benennen.

Die Vorschlagsliste nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung soll die Wahlberechtigten, von der sie ausgeht, nach unterschiedlichen Merkmalen kenntlich machen. Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung unterzeichnet, so wird keine Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie den Vorschriften des § 7 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung nicht entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben wird.

Zwei oder mehrere Vorschlagslisten können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige Vorschlagsliste gelten. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der Vorschlagslisten oder die Listenvertreter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des ersten Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben, daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Verbindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den versicherten Angestellten bis zum 23. Oktober 1927 nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die betreffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vorschlagsliste gültig bezeichneten Personen gelten dann in der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung auszuweisen. Für die bei der Reichsversicherungsanstalt versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte, für die Erfahrmännern eine Bescheinigung der Erfahrlasse als Ausweis. In der Versicherungskarte oder der Bescheinigung muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der Wahl nachgewiesen sein. Hat ein Erfahrmann noch eine gültige Versicherungskarte, so darf ihm die Erfahrlasse keine Bescheinigungen ausstellen. Die Wahlberechtigung der Arbeitgeber wird durch eine von der Gemeindebehörde des Betriebszweiges ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen. Die Erfahrmännern und die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich diese Bescheinigungen ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Vertretung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel in geschlossenem Wahlumschlag dem Wahlleiter unter Beifügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung brieflich einzusenden. Die erforderlichen Umschläge erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vorsteher der Wahl des örtlichen Stimmbezirks ausgehändig. Der Brief muß spätestens am

Sonntag, den 13. November 1927,

nachm. 1 Uhr,

bei dem unterzeichneten Wahlleiter eingegangen sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind ungültig.

Wahlberechtigten Versicherten, die sich am Wahltag während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen außerhalb ihres Wahlbezirks aufhalten, stellt der Wahlleiter auf Antrag gegen Hinterlegung der Versicherungskarte oder der Bescheinigung der zuständigen Erfahrlasse einen Wahlschein aus. Im übrigen gilt der vorhergehende Absatz entsprechend.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeitgeber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei Stimmen. Für je weitere angefangene hundert versicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu legen.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleichlautend sind, andernfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte darf kein Wahlrecht nur in dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorgesetzten in der Vorschlagsliste darf nicht geändert werden.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit der Wahl nicht wählbar war.

Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl rechts-widrig oder durch Gewährung oder Verschwendung von Geschenken beeinflusst worden ist, es sei denn, daß dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist.

Karlsruhe, den 29. September 1927. O. 3. 116.

Badisches Bezirksamt.

Der Landrat.

Beim Stadt-Fürsorgeamt (Stadtjugendamt) Baden-Baden ist die Stelle einer

Fürsorgerin

alsbald zu besetzen.

Bewerberinnen müssen die staatliche Anerkennung als Sozialbeamtin und Wohlfahrtsfürsorgerin auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge besitzen. Die Anstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis, vorerst nach Gruppe VI. Spätere Anstellung als planmäßige Beamtin möglich.

Bewerberinnen mit Lebenslauf und lückenlosen Zeugnisabschriften sind bis spätestens 1. November d. J. an das Städtische Fürsorgeamt Baden-Baden zu richten.

Bei der am 20. September stattgefundenen Ziehung seitens des

Verbandes der Oberbadischen Zuchtgenossenschaften in Radolfzell wurden folgende Nummern gezogen:

Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.	Los-Nr.	Gew.-Nr.
1726	26	12009	53	20040	38	26137	7
2237	6	13244	48	20507	32	27556	12
2347	20	13319	27	21351	42	27597	24
2611	34	13738	29	22499	58	28023	30
2688	37	13836	23	22609	19	28031	5
2996	22	15138	15	23058	46	28237	49
3100	36	15167	55	23208	14	30248	59
3743	50	15441	10	23402	52	30897	39
6594	16	16161	11	23922	45	32164	57
8522	28	16510	9	24150	41	32329	2
8732	31	16549	60	24223	1	32657	33
9095	35	17466	54	24324	47	33334	18
9307	58	18024	13	24558	43	33737	8
10302	4	18427	3	24645	17	34716	21
12008	51	19143	40	24741	25	34810	44

Das Vorzeigen der Gewinnlose hat bei dem Bürgermeisterrat Radolfzell zu erfolgen. G. 748

Verwaltungsgehilfe

mit allen bei der Gemeindeverwaltung vorkommenden Verwaltungsarbeiten vertraut, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, perfekt in Stenographie und Maschinenschriften, in der kameral. Buchführung bewandert, mit umfassender Allgemeinbildung u. tadellosen Zeugnissen sucht geeignete Stelle per sofort oder später. Gest. Angebote unter G. 750 an die Exped. der Karlsruher Zeitung

Das Werden der Alpen

Eine erdgeschichtliche Einführung von

L. Kober

Dieses Buch gibt ein geschlossenes und sehr anschauliches Bild der erdgeschichtlichen Vorgänge. Über der Schilderung gewaltiger Erdumwälzungen, die keinerlei geologische Fachkenntnisse voraussetzen, liegt etwas von der Stimmung des Hochgebirgswanderers, die das reich bebilderte und schön ausgestattete Werk zu einer spannenden und vorzüglichen Einführung in die neuesten Ergebnisse der Alpenforschung macht

IV, 89 Seiten mit 24 Abb. und 3 Tafeln

Preis broschiert 3,90 RM gebunden 4,50 RM

Das ganze Werk ist auf Kunstdruckpapier gedruckt

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsprünge und 4 beim Rundflüge

Flügel
Pianos 750
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviers



Badisches Landestheater

Samstag, 8. Oktober 1927
* C 5 U-Gem. 501-600

Treibjagd

von Bernhard Blume
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Anja Balbanowa Ermacth
Ogan b. d. Tzend
Gogolin Dahlen
Baron Frits Schulz-Dreiden
Smigal Brand
Wuul Herz
Lifaweta Ziegler
Bantim Weitz
Olga Bertram
Spuller Schulze
Anfang 8 Ende 10/
I. Rang und I. Sprechst.
5 RM

So. 9. Okt.: Boris Godunow
Im Nongethaus:
Unsere kleine Frau.
Mo. 10. Okt.: Rache
In der Festhalle:
1. Volks-Sinfonie-Konzert